



## Europa-Wahlprogramm 2019



**BÜRGERNAH**  
für ein sozialeres, gerechtes und solidarisches Europa

Das sind unsere ProDG-Leitlinien für die künftige Europapolitik!

ProDG ist eine freie Bürgerliste. Bei uns kann jeder mitreden und mitentscheiden. Wir lassen uns nicht von starren Partei-Strukturen einengen, sondern sind unabhängig und arbeiten ideologieübergreifend.

Die Grundwerte, von denen wir uns dabei leiten lassen, sind **Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit**.

Wir sind frei und offen für die Lösungsvorschläge aller politischen Richtungen und aller Partner im In- und Ausland, denn wir wollen beste Lösungen und beste Lebensbedingungen in Ostbelgien. Darin unterscheiden wir uns von den traditionellen Parteien.

Und so sollte auch unser ostbelgischer Europaparlamentarier überparteilich arbeiten, jedem Gehör schenken und im Dialog mit allen Menschen unserer Gemeinschaft seine Entscheidungen treffen. Das ist unser Ziel!

Europa braucht neue Impulse. Europa braucht Veränderung! Darum am 26. Mai 2019 ProDG wählen!

## UNSER 10-PUNKTE-PROGRAMM für ein starkes Ostbelgien in einem starken Europa

1. Für Frieden, Freiheit und Stabilität in einer handlungsfähigen EU
2. Für eine starke EU in der Welt ... durch
  - eine ambitionierte und nachhaltige Energie- und Klimapolitik
  - klare Regeln in der Internationalen Handelspolitik
  - klare Bedingungen im Rahmen der EU-Erweiterungspolitik
  - eine zielorientierte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
  - verstärkte Kooperation und Solidarität in der Flüchtlingspolitik
  - konsequente Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung
  - flächendeckende Digitalisierung – Zugang sichern, Chancen nutzen, Regeln definieren
3. Für mehr Bürgernähe, Korruptionsbekämpfung, Transparenz, effizientere EU-Strukturen und Bürokratieabbau
4. Für einen starken, krisenbeständigen Euro und eine strenge Bankenaufsicht
5. Für den Schutz unserer Landschaft und der natürlichen Ressourcen, gesunde, gentechnikfreie Lebensmittel und einen starken Verbraucherschutz sowie die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe
6. Für einen starken Mittelstand, angemessene Instrumente, um die Auswirkungen des Brexit in den EU-Mitgliedstaaten aufzufangen, und die Bekämpfung von Steuerungerechtigkeit
7. Für ein sozialeres Europa der Chancen und Perspektiven für alle
8. Für eine starke DG in einem Europa der Regionen und die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
9. Für einen überparteilichen Vertreter im Europäischen Parlament, der für die gesamte DG mit einer Stimme spricht und durch ein parteiübergreifendes Mitarbeiterteam unterstützt wird
10. Für ein demokratischeres Europa, das die Bürgerinnen und Bürger – auch durch neue Mitbestimmungsmöglichkeiten - einbezieht

#gutfüröstbelgien

prodg<sup>be</sup>  
Die freie Bürgerliste

## **UNSER 10-PUNKTE-PROGRAMM für ein starkes Ostbelgien in einem starken Europa**

### **1. Für Frieden, Freiheit und Stabilität in einer handlungsfähigen EU**

ProDG ist der festen Überzeugung, dass Europa für weit mehr steht als für eine gemeinsame Währung. ProDG ist pro-europäisch. Die Deutschsprachige Gemeinschaft liegt im Herzen Europas. Für uns ist die EU ein Garant für Frieden und Freiheit, der uns Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand, Mobilität und Raum zur Selbstverwirklichung gebracht hat.

Europa ist für uns also weit mehr als Geld und ein gemeinsamer Binnenmarkt. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Vision, eine Vision eines friedlichen und zukunftsorientierten Europas.

Vor einigen Jahrzehnten wurden die Grenzen geöffnet, die Einführung des Euro sollte der Beginn einer neuen Ära werden. Und dann kam sie, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, mit der eine verstärkte Hinwendung der Öffentlichkeit zu europäischen Themen erfolgte. Die verstärkte Berichterstattung in den Medien hat allerdings kein sehr positives Bild der Europäischen Union hinterlassen. Griechenland stand im Zentrum der europäischen Aufmerksamkeit, vor allem aber im Fokus der Euro-Kritiker. Und so stand auch die Diskussion über die Gegenwart und die Zukunft Europas im Zeichen der Euro-Krisenpolitik. Nach wie vor sind die Auswirkungen der Krise spürbar: Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. Sie fühlen sich in ihrer Existenz bedroht und bangen um ihre Zukunftsperspektiven. Die Europäische Union weist Konstruktionsfehler auf, die sie krisenanfällig machen. In Europa verläuft eine Bruchlinie zwischen wirtschaftlich stärkeren Regionen und wirtschaftlich schwächeren Gebieten.

In Zeiten von Flüchtlingsströmen, der zunehmenden Anzahl terroristischer Anschläge auf europäischem Boden, des viel diskutierten britischen Brexits und grenzüberschreitender Klimastreiks sind die Menschen verunsichert. Krisensymptom ist der wachsende Populismus in Europa, der in der Schwäche des Europäischen Parlaments - der einzigen direkt gewählten europäischen Institution - einen fruchtbaren Nährboden findet. So ist es laut Prognosen zu erwarten, dass die Rechtspopulisten bei den kommenden Europawahlen bis zu einem Drittel der Sitze im Europäischen Parlament erlangen werden. So zuversichtlich die Bronzestatue der griechischen Göttin „Europa“, die unserem Erdteil ihren Namen gegeben hat, vor dem Europäischen Parlament in Brüssel das Symbol des Euro in die Höhe hält und so einnehmend sie auf dem neuen 5-Euro-Schein auch strahlen mag, so sehr wankt das Vertrauen der Menschen gegenüber der Europäischen Union und ihren Akteuren.

Wir betrachten diese Entwicklungen mit wachsender Sorge. Es besteht akuter Handlungsbedarf, denn trotz aller Kritik sind die Menschen sich laut Eurobarometer-Umfragen sicher, dass die EU die richtige Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit ist.

Um jedoch Strukturveränderungen in Gang zu bringen, werden in Europa neue Kräfte mit neuen Impulsen gebraucht. ProDG will verändern! Wir stehen für ein handlungsfähigeres, sozialeres Europa, das auf Bürgernähe, Demokratie, Solidarität und Transparenz setzt. Ein Europa, das nach Lösungen sucht für die alltäglichen

Sorgen und Probleme ihrer Bürgerinnen und Bürger! Wir fordern ein Umdenken, hin zu einer Europäischen Union, die nach dem bottom-up-Prinzip - von unten nach oben - funktioniert und von den Europäern getragen wird.

## 2. Für eine starke EU in der Welt

Die EU muss eine neue Vision von Europa entwickeln, um weiterhin als Schlüsselfigur auf dem internationalen Parkett mitspielen zu können. Denn spätestens seit Facebook, Instagram und Twitter sind die Grenzen dieser Welt fließend.

Nach wie vor hat das europäische Demokratie- und Friedensmodell der Einheit in der kulturellen Vielfalt Vorbildcharakter. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt in Europa sind die Bereiche der Zukunft. Ohne grundlegende Fortschritte in diesen Politikfeldern kann die EU sich mittelfristig nicht weiterentwickeln. In Zeiten des Klimawandels, großer sicherheitspolitischer Herausforderungen und einer globalisierten Wirtschaft mit neuen ökonomischen Schwergewichten wie China und Indien, ist ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Mitgliedstaaten unerlässlich.

### Eine ambitionierte und nachhaltige Energie- und Klimapolitik

Europa muss im Kampf gegen den Klimawandel eine weltweite Führungs- und Vorreiterrolle übernehmen. Dazu rufen uns nicht zuletzt die aktuellen Klima-Proteste auf, die uns gleichzeitig zeigen, dass die Stimme der Jugend ihren Platz in der Politik mehr als verdient hat.

ProDG bekennt sich zu einer ambitionierten EU-weiten Umwelt- und Klimaschutzpolitik und dem Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen.

Gesteckter Rahmen ist in diesem Zusammenhang das Erreichen der Ziele des Pariser UN-Klimaabkommens, das die Obergrenzen der Erderwärmung zum ersten Mal völkerrechtlich verankert hat und auf deutlich unter 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau - idealerweise aber auf 1,5 Grad – festsetzt.

Die EU hat sich im Rahmen des Pariser Abkommens außerdem verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Wir sind Befürworter der allgemeinen Einführung des Verursacherprinzips auf ökologischer Ebene (Müllentsorgung, CO<sub>2</sub>-Ausstoß, usw.) und setzen uns für die Förderung zukunftsfähiger und emissionsreduzierender Transportarten sowie eine Reduktion der Treibhausgasemissionen ein. Wir wollen einen schonenden Umgang mit den wertvollen natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Dazu gehören auch das Prinzip der Kreislaufwirtschaft, die Müllvermeidung, das intelligente Recycling und das Ziel, unseren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Die EU hat bereits Maßnahmen ergriffen, um Kunststoffabfälle zu begrenzen und den Plastikmüll in den Meeren zu verringern, was wir begrüßen.

Ostbelgien leistet ebenfalls einen Beitrag zur europäischen Klimaschutzpolitik. Die neun deutschsprachigen Gemeinden haben sich dem europäischen „Konvent der

Bürgermeister“, der größten Klima- und Energieinitiative der Welt, angeschlossen und werden dabei von der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützt. Alle Partnergemeinden verpflichten sich, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um mindestens 40% zu reduzieren. Prioritäre Handlungsfelder sind die Bereiche Transport, Öffentlicher Sektor, Erneuerbare Energien und Wohnungswesen.

Eine wichtige europäische Priorität der nächsten Jahre ist für ProDG zudem die Schaffung einer so genannten Energieunion. Ziel der Energieunion ist es, alle Verbraucher mit sicherer, nachhaltiger und erschwinglicher Energie zu versorgen. Die Importabhängigkeit des europäischen Energiesektors soll abgebaut werden und die Versorgungssicherheit erhöht werden. Eine größtmögliche Unabhängigkeit der Europäischen Union von nicht-europäischen Energielieferungen - wie Erdöl und Erdgas - ist nämlich dringend notwendig. Ölkartelle, fossile Energie-Oligopole und nukleare Monopole lehnen wir ab.

Unser langfristiges Ziel ist - mit Blick auf die Bedrohung durch marode Alt-AKW's und vergangene Katastrophen wie der in Fukushima - ein atomfreies Europa. Wir befürworten daher die Festlegung eines verbindlichen Fahrplans für einen schnellstmöglichen Atomausstieg. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das umso sinnvoller, da der Verbrauch von endlichen fossilen und von nuklearen Energieressourcen unsere Gesundheit und den europäischen Lebensraum belastet.

Insbesondere Energieträger, deren Auswirkungen auf die Umwelt wahrscheinlich negativ sind, sollten nicht eingesetzt werden, bis die Unbedenklichkeit in unabhängigen objektiven Untersuchungen erwiesen wurde. Jegliche Form der Bereitstellung von Energie muss höchsten Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Wir befürworten daher die Einrichtung solcher Sicherheitsstandards auf EU-Ebene.

Um die Versorgungssicherheit der europäischen Bevölkerung zu gewährleisten, setzen wir uns für eine verstärkte Investition in die Forschung nach Alternativen zu den heute verfügbaren erneuerbaren Energien, dem richtigen Energie-Mix und einer adäquaten zwischenstaatlichen europäischen Energieversorgung mit der dazugehörigen Infrastruktur ein. Dabei ist uns wichtig, dass auch bei der Nutzung erneuerbarer Energien die Biodiversität nicht gefährdet wird. Zudem dürfen erneuerbare Energieträger - wie beispielsweise Biomasse - nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten stehen.

Wir setzen uns außerdem für eine Sensibilisierung der EU-Bevölkerung für Energiesparmaßnahmen, Energieeffizienz und eine verstärkte zielgerichtete europaweite Förderung erneuerbarer Energien ein.

Durch das Inkrafttreten der EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen im Dezember 2018 besteht ein neuer Rahmen für das Erreichen des verbindlichen und ambitionierten Ziels der Europäischen Union, bis zum Jahr 2030 mindestens 32% des gesamten Energiebedarfs der EU aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Zum Vergleich: Im Jahr 2017 wurden EU-weit 17,5% des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt. Um die Klimaziele zu erreichen, werden zeitgleich die Kapazitäten der Kohlekraftwerke reduziert werden müssen. Dies werten wir als Erfolg, denn Kohle ist erwiesenermaßen ein so genannter „Klimakiller“.

Doch die Energiewende kommt nicht nur dem Umweltschutz zugute, sondern kann ebenfalls auf ökonomischer Ebene als Job-Motor fungieren und die Wirtschaft ankurbeln. Die Förderung erneuerbarer Energien muss daher im Sinne der Europäischen Regionalentwicklung sehr viel gezielter als bisher bei der Verteilung der Strukturfonds Berücksichtigung finden.

Eine gesamteuropäische Debatte über die zukünftige Ausrichtung klimapolitischer Subventionspolitik ist für ProDG erstrebenswert. Subsidien, die heute in fossile Energieträger fließen, müssen schnellstmöglich in erneuerbare Energieformen fließen.

Im Sinne des Endverbrauchers befürworten wir zudem eine europaweit transparente Preisgestaltung und die Offenlegung des Energie-Mixes.

Grundsätzlich befürworten wir das Ziel des europäischen Emissionshandels mit Emissionszertifikaten, Schadstoffemissionen mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu verringern. In der Europäischen Union wurde der EU-Emissionshandel für Kohlenstoffdioxidemission 2005 gesetzlich eingeführt. Er umfasst ca. 45 % der Emissionen. Betroffen vom Emissionshandel sind zum Beispiel Kraftwerke, Anlagen der energieintensiven Industrie, Stahlwerke, Raffinerien oder Zementwerke. Doch der Emissionshandel weist Konstruktionsfehler auf: Es gibt viel zu viele Zertifikate auf dem Markt für viel zu wenig Geld. Hinzu kommt, dass der Preis für fossile Brennstoffe – wie Öl und Gas - noch immer vergleichsweise niedrig ist. Das System kann jedoch nur zu weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen führen, wenn die Zahl der Zertifikate knapp ist und der Preis hoch ist, so dass er einen Anreiz für umweltfreundliche Investitionen darstellt. Wir vertreten die Auffassung, dass der Kauf und Verkauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikate künftig transparenter ablaufen muss, so dass „greenwashing“ – PR von Unternehmen, die darauf abzielt, ein umweltfreundliche und verantwortungsvolles Image zu erlangen - ausgeschlossen wird. Für Unternehmen besteht beispielsweise die Möglichkeit, mit Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern Extra-Zertifikate zu erwerben, was in der Praxis häufig genutzt wird. Wir befürworten daher, dass das Emissionshandel-System schnellstmöglich reformiert und die Anzahl Zertifikate massiv reduziert wird.

Für Steuern auf Brennstoffe und Strom ist die EU-Energiesteuerrichtlinie von 2003 die Rechtsgrundlage für Energiesteuern in den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten - wie der Kerosinsteuer. In der Richtlinie werden auch Mindeststeuersätze sowie Steuerbefreiungen festgelegt.

Eine CO<sub>2</sub>-Steuer, die sich ausschließlich am Kohlenstoffgehalt orientiert, ist allerdings von den Vorgaben der Energiesteuerrichtlinie nicht betroffen. In der Klimaschutzdebatte wird jedoch zunehmend über eine solche CO<sub>2</sub>-Steuer diskutiert. Sie soll klimafreundliche Technologien - wie Elektroautos – und Energieeffizienz – beispielsweise durch energetische Gebäudesanierung - voranbringen. Hintergrund ist, dass der Verbrauch von Energie für ca. 80 % der Treibhausgasemissionen insgesamt verantwortlich ist. Auf dieser Basis hat die Kommission vor einigen Jahren einen Vorschlag für eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie vorgelegt, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen sollte, einen Rahmen für die CO<sub>2</sub>-Besteuerung auf dem Binnenmarkt zu schaffen. Dieser Versuch scheiterte 2015, wie zuvor andere Versuche, EU-weit Energiesteuern mit Blick auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen auszurichten, was wir sehr bedauern. Wir befürworten eine solche europaweite Steuer, jedoch nur wenn diese sozialverträglich gestaltet wird und nicht auf Kosten der sozial

Schwächsten geht. Verschiedene Modelle existieren bereits. Wichtig ist auch, dass die Einnahmen in nachhaltige Strukturen, Pilotprojekte, Studien..., die den Klimaschutz begünstigen, reinvestiert werden.

Zu einer nachhaltigen Energie- und Klimaschutzpolitik gehört für ProDG ebenfalls die Förderung grüner Finanzströme hin zu nachhaltigen und ressourceneffizienten Investitionen im Sinne einer „Green Economy“.

Mit Blick auf Blockchain-basierte Systeme oder Clouds setzen wir uns zudem für die Förderung energieeffizienter Technologien ein. So könnte man zum Beispiel EU-weit ein Eco-Label einrichten, das nach für den Nutzer transparenten Maßstäben den Energieverbrauch bewertet.

### Klare Regeln in der Internationalen Handelspolitik

Für alle Handelsabkommen der EU gilt, dass das Europäische Parlament als einzige, direkt gewählte, demokratische Institution der EU bei der Handelspolitik in gleichberechtigter Weise in die Verhandlungen eingebunden sein muss.

Freihandel ist eine der größten Errungenschaften der EU. Der europäische Binnenmarkt hat die EU zu einer der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt heranwachsen lassen und uns grenzenlose Mobilität gebracht. Daher sind Freihandelsabkommen nicht grundsätzlich abzulehnen, allerdings wollen wir keinen Freihandel um jeden Preis!

Für ProDG darf ein Handelsabkommen mit Drittländern oder -regionen nicht zu einer Reduzierung der Standards in den Bereichen Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Lebensmittelsicherheit, ressourcenschonender Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Landwirtschaft, Tierschutz, Datenschutz, Arbeitsrecht, der sozialen Sicherheit, der Daseinsvorsorge etc. innerhalb der EU führen. Unter keinen Umständen dürfen die niedrigsten Standards zur Richtschnur von Verhandlungen werden. Die strengen europäischen Standards dürfen unter keinen Umständen aus marktwirtschaftlichen Gründen abgeschwächt werden. Stattdessen müssen die europäischen Standards Grundlage aller Verhandlungen sein, denn der Erhalt und die Stärkung der Lebensqualität der europäischen Bevölkerung sind für ProDG ausschlaggebend.<sup>1</sup>

Die Gewährung günstiger Bedingungen für strukturell und wirtschaftlich schwache Handelspartner sowie die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen und die Förderung der Menschenrechte in allen Partnerregionen sollte stets integraler Bestandteil der EU-Nachbarschafts- und -entwicklungspolitik sein. Wir wollen faire Handelsabkommen mit Drittländern – nicht solche, die einseitig wirtschaftliche Interessen verfolgen.

---

1 Wir orientieren uns zudem an den Forderungen des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft von 2015/2016 im Rahmen der Freihandelsabkommen CETA und TTIP.



Gleichzeitig setzen wir uns aber für eine „Wiederbelebung“ der Runden der Welthandelsorganisation und einheitliche Regeln für den gesamten internationalen Handel ein.

### **Klare Bedingungen im Rahmen der EU-Erweiterungspolitik**

Beitrittskriterien für eine fortschreitende Erweiterung der EU und eine Mitgliedschaft in der EU müssen für ProDG (neben der europäischen Geschichte) u.a. eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte, Gleichberechtigung, Minderheitenschutz und Meinungsfreiheit sein.

### **Eine zielorientierte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

Nicht zuletzt die Flüchtlingskrise und die zunehmende Anzahl terroristischer Anschläge auf europäischem Boden haben gezeigt, dass es der EU weiterhin sicherheitspolitisch, verteidigungspolitisch und außenpolitisch an Handlungsfähigkeit fehlt.

Ausgehend von der aktuellen EU-Flüchtlingspolitik und der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zum Schutz der Außengrenzen durch die Europäischen Agentur FRONTEX, ist bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme nicht nur eine größere Solidarität zwischen den EU-Ländern gefragt, sondern auch eine konsequente Einhaltung humanitärer Standards und die Ablehnung menschenverachtender Praktiken.

Die eingeschränkte Handlungsfähigkeit und schwerfällige Lösungsfindung der EU liegt zum Teil in einer viel zu rasch vorangetriebenen europäischen Erweiterung begründet, die nicht mit einer grundlegenden Reform der inneren Strukturen einhergegangen ist. Die EU hat heute mehr denn je große Schwierigkeiten damit, sich selbst als Gemeinschaft zu definieren. Zu unterschiedlich sind die Interessen der verschiedenen Mitgliedsländer, zu groß ist der Einfluss von Interessenverbänden und Lobbyisten. Aufgrund wachsender internationaler Herausforderungen befürworten wir eine Flexibilisierung der GASP durch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips. Unser Ziel ist eine tatsächliche Politische Union.

Für ProDG sind zudem die Förderung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Menschenrechten und der friedlichen Lösungsfindung in der europäischen Nachbarschaft ausschlaggebend.

### **Verstärkte Kooperation und Solidarität in der Flüchtlingspolitik**

Fluchtursachen sind vielfältig: Menschen verlassen ihre Heimat im Fall von gewaltsamen und kriegsähnlichen Konflikten, aufgrund der Diskriminierung von Minderheiten oder aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.

Wir machen uns dafür stark, Fluchtursachen durch eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit, die Hilfe zur Selbsthilfe und eine zielgerichtete Afrika-Politik zu bekämpfen. Wir befürworten außerdem die Einrichtung des Amtes eines EU-Afrika-Kommissars.



Außerdem streben wir auch weiterhin eine europäische Lösung in der Flüchtlingsaufnahmepolitik an.

### **Konsequente Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung**

Spätestens die angespannte sicherheitspolitische Lage und die neuen weltpolitischen Unsicherheiten haben deutlich gemacht, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit und ein ständiger Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowie ein erhöhter Schutz der Außengrenzen ist. Wir fordern gemeinsame Ausbildungsprogramme, ein gemeinsames Beschaffungswesen zwecks Vereinheitlichung (beispielsweise der zurzeit 178 verschiedenen Waffensysteme sowie 29 verschiedenen Zerstörer und Fregatten innerhalb der EU, wodurch eine militärische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zusätzlich erschwert wird)... mit dem Ziel, eine Verteidigungsunion mit eigener Armee zu errichten. Dabei lassen wir uns von dem Prinzip leiten, dass jegliche Rüstungsprojekte, die über den EU-Haushalt finanziert werden, das Grundverständnis der Europäischen Union als Friedensprojekt nicht in Frage stellen dürfen und somit einer strengen Kontrolle unterliegen, so dass sowohl die Produktion von Massenvernichtungswaffen als auch Exporte an autoritäre Regime strikt unterbunden werden.

### **Flächendeckende Digitalisierung – Zugang sichern, Chancen nutzen, Regeln definieren**

Das Thema Digitalisierung ist zurzeit omnipräsent. Das wundert nicht, spürt ein jeder es doch konkret in seinem alltäglichen Leben. Überweisungen werden über das Smartphone getätigt, während Filme, Serien oder Musik wird „gestreamt“ werden. Die Digitalisierung schreitet stetig voran und wartet nicht auf uns. Im digitalen Wettlauf sind zurzeit vor allem die USA sowie China die wirklichen „global player“. Die Gefahr der Marginalisierung der EU ist mit erheblichen wirtschaftlichen Konsequenzen verbunden. Wenn wir mit dem technologischen Fortschritt gehen wollen, wenn wir den Zug nicht verpassen wollen - der zwar unglaublich viel Potenzial, aber auch Gefahren birgt - dann müssen wir heute entscheiden, nach welchen Regeln gespielt werden soll. Dafür setzt ProDG sich ein!

Wir sind für einen zukunftsorientierten, aber auch kritischen Umgang mit dem digitalen Wandel!

So führt die so genannte vierte industrielle Revolution zu einen tiefgreifenden Wandel des Arbeitsmarktes mit oftmals ernsten Konsequenzen für diverse Berufe, die im Zuge der Digitalisierung des Arbeitsmarktes auszusterben drohen. Gleichzeitig entsteht eine ganze Sparte neuer Berufe.

Wir müssen die europäische Bevölkerung auf diese Entwicklung vorbereiten. Einerseits darf die Digitalisierung nicht auf Kosten sozialer Kompetenzen wie Zwischenmenschlichkeit, Empathie oder Kreativität gehen, andererseits müssen Medienkompetenzen verstärkt gefördert werden. Dabei ist es ein gerechter Zugang zu Bildung und Qualifikation besonders wichtig. Der Zugang zu zukunftsfähigen Jobs darf keine Frage von Wohlstand, sozialem Status oder Gender sein. Der digitale Wandel betrifft alle!

Doch auch auf unser Privatleben hat die Digitalisierung einen Einfluss. Schnell verschwimmen die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben bei ständiger Erreichbarkeit. Unserer Meinung nach sollte jeder über das Recht auf Diskonnektion verfügen, ohne dass es sich negativ auf seine berufliche Entwicklung auswirkt. Entsprechend wichtig ist auch die Sensibilisierung der europäischen Arbeitgeber, wobei die Gelder des Europäischen Sozialfonds eine bedeutende Rolle spielen können.

Gleichzeitig muss der Binnenmarkt ein geeignetes Umfeld und Anreize für Start-Ups im digitalen Sektor bieten.

Die Cyberkriminalität ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Nicht zuletzt die Skandale um das massive Ausspähen von Bürgern und Institutionen sowie eine Reihe von groß angelegten Hackerangriffen haben bewiesen: Daten müssen weltweit sicherer werden. Alle EU-Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass ihre Daten geheim bleiben. Mit der neuen europäischen Datenschutzverordnung, die die EU-Bevölkerung besser vor Eingriffen in ihre Privatsphäre schützen soll und Unternehmen, die in der EU aktiv sind – egal, wo sich ihr Sitz befindet - rechtlich bindet, hat die EU ihre Konsequenzen gezogen. Und dies war notwendig, denn die rasante Entwicklung der Technologie hat unser Leben in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Trotzdem schützt die neue Verordnung nicht gegen jegliche Form der Ausspähung durch ausländische Geheimdienste. Datenschutz ist für uns nicht verhandelbar – selbstverständlich unter Berücksichtigung der Bekämpfung organisierter Kriminalität und Terrorismus sowie von Steuerungerechtigkeit und Geldwäsche. Die EU muss vermehrt in die europäische IT-Sicherheit und -Infrastruktur investieren, um sich an die technologische Entwicklung der digitalen Welt anzupassen und entsprechend auf kommende Entwicklungen vorzubereiten.

Die wohl abstrakteste Sparte der Digitalisierung ist die künstliche Intelligenz (KI). Dabei wird eine künstliche Form der Datenverarbeitung geschaffen, deren Hauptziel es ist, das menschliche Verhalten möglichst realistisch zu simulieren. Die Möglichkeiten der KI sind umfangreich. Schon jetzt bestimmt KI, welche Werbung oder Information wir angezeigt bekommen, welcher Song zu unserem Geschmack passt oder wie wir am besten zu unserer Urlaubsort fahren, während Algorithmen in der Medizin Diagnosen mit erstaunlichen Trefferquoten fällen. Gleichzeitig lenken „social bots“ die Meinungsbildung in sozialen Netzwerken und sollen sogar Einfluss auf Wahlentscheidungen haben.

Ähnlich bemerkenswert sind die Möglichkeiten von Blockchain-Technologien, die es möglich machen, digitale Informationen zu verteilen, ohne dass diese kopiert werden können, und die beispielsweise in Kryptowährungen einen zukunftsträchtigen Anwendungsbereich gefunden haben. Wir stehen Blockchain-Technologien grundsätzlich positiv gegenüber und werden ihre Entwicklung eingehend beobachten.

Ihre Anwendungsbereiche müssen jedoch klaren rechtlichen bzw. ethischen Richtlinien folgen und geschützt werden vor Missbrauch oder Betrugsfällen sowie sonstigen Machenschaften der organisierten Kriminalität, damit sie ihr volles Potenzial entfalten können. Hier kann die Europäische Union eine Vorreiterrolle übernehmen.

Wir befürworten außerdem die Förderung europäischer Forschungsprojekte in diesen zukunftsfähigen Bereichen der Digitalisierung wie z.B. autonomes Fahren.

Vor einigen Monaten verabschiedete die EU eine Geoblocking-Verordnung, die beim Kauf von Gütern und Dienstleistungen innerhalb des Binnenmarkts die ungerechtfertigte Diskriminierung aufgrund von Nationalität, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Nutzers verhindert. Audiovisuelle Dienste fallen derzeit jedoch noch nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung, was dazu führt, dass europäische Sprachminderheiten – wie wir Ostbelgier - audiovisuelle Inhalte (wie z.B. TV-Mediatheken...) nicht in der Muttersprache konsumieren können. 2020 wird die entsprechende Verordnung von der Kommission geprüft. Wir fordern, dass spätestens in diesem Zusammenhang die Verordnung um audiovisuelle Inhalte ergänzt wird!

### **3. Für mehr Bürgernähe, Korruptionsbekämpfung, Transparenz, effizientere EU-Strukturen und Bürokratieabbau**

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Europäische Union undurchschaubar. In den Augen vieler hat sie sich zu einem unübersichtlichen Ungetüm entwickelt, dessen 28 Mitgliedsstaaten längst nicht mehr dasselbe Ziel vor Augen haben. Die Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Eliten der EU ist offenkundig: Viele große Entscheidungen kommen oft gar nicht erst bei den Menschen an; viele haben das Verständnis für ein Europa verloren, das einen undurchsichtigen Wust an Regelungen bzw. Bürokratie hervorgebracht hat und europäische Entscheidungen ihren Alltag wenig konkret betreffen und verbessern. Dem Informationsdefizit müssen die EU und das EU-Parlament durch erhöhte Transparenz nach innen und außen entgegenwirken. Prozeduren müssen vereinfacht werden. Gegen Bürokratiehürden muss gezielt vorgegangen werden. ProDG steht daher für die Stärkung des Prinzips der gelebten Subsidiarität im Sinne einer Stärkung der Bürgernähe.

Wir sind außerdem für eine strikte Kontrolle aller europäischen Gelder. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die europäischen Institutionen effizient und kostensparend arbeiten und alle EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet und in wirtschaftlicher Weise verwaltet werden. So muss beispielsweise teure Doppelarbeit vermieden werden. Auch der wirksamen und systematischen Bekämpfung von Betrug, Korruption und allen anderen rechtswidrigen Handlungen, durch welche die Interessen der EU und unserer Volkswirtschaften geschädigt werden und für die letztendlich die Steuerzahler aufkommen müssen, messen wir einen hohen Stellenwert bei.

Außerdem treten wir für eine resolute Bekämpfung von Geldwäsche ein. Zwar wurde die europäische Richtlinie zur Geldwäsche schon mehrfach verschärft, doch nach wie vor scheitert es an der nationalen Umsetzung durch die Mitgliedstaaten, so dass die EU Geldwäschern gute Aussichten auf Erfolg bietet.

Kosteneffizienz bedeutet für uns auch, dass die Arbeit des Europäischen Parlaments auf Brüssel konzentriert werden soll. Die Abgeordnetenpendelei zum zweiten Parlamentssitz in Straßburg lehnen wir aus Kostengründen, die laut Studien des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rechnungshofs zwischen 114 und

200 Millionen Euro jährlich liegen<sup>2</sup>, sowie mit Blick auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz und den ökologischen Fußabdruck ab.

Außerdem sind wir für verpflichtende Anwesenheiten für Europaparlamentarier.

#### 4. Für einen starken, krisenbeständigen Euro und eine strenge Bankenaufsicht

Die Zeit ist reif für eine zukunftsorientierte gemeinsame Vision von Europa mit einer einheitlichen, koordinierten Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, die nach dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit (Subsidiarität) regionale und nationale Besonderheiten berücksichtigt. Eine Rückkehr zu universellen Werten wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, die ProDG zu ihren Grundwerten der Europapolitik erklärt hat, muss gezielt und gemeinsam in Angriff genommen werden.

Ein vereinigtes Europa braucht die richtige Balance zwischen länderübergreifender Solidarität und Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten.

Klare, verbindliche Bilanzierungsregeln und die Einschränkung der Kreditschöpfungsfähigkeit von Banken z.B. durch eine Anhebung der Mindestreserven von Zentralbanken sind nach den Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise unerlässlich. Sparguthaben und private Altersvorsorge müssen geschützt werden. Daher haben wir in der Vergangenheit eine von den Nationalbanken unabhängige und einheitliche europäische Bankenaufsicht („Bankenunion“) gefordert, die die europäischen Finanz- und Kapitalmärkte kontrolliert. Seit 4 Jahren werden nun große Banken von der Europäischen Zentralbank überwacht. Für den absoluten „Notfall“ zahlen die Eurostaaten zusätzlich in einen Fonds ein. Das werten wir als Erfolg auf dem Weg zu einer krisenbeständigeren Eurozone.

Auch die Einrichtung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise, mit dem Ziel Anlegerschutz und stabile Finanzmärkte in der EU zu gewährleisten, halten wir für das richtige Signal an Anbieter hochspekulativer Finanzprodukte.

Spekulationen auf Nahrungsmittel sind ebenfalls unvereinbar mit unseren Werten. Daher lehnen wir diese entschieden ab. Wasser und Grundnahrungsmittel sind die Lebensgrundlage aller Menschen. Ihre Verfügbarkeit und ein bezahlbarer Preis sind lebensentscheidend und daher nicht verhandelbar.

Auch Devisengeschäfte sind oftmals Spekulationsgeschäfte. Wechselkurse sollten zum Schutz der Währungen langfristige realwirtschaftliche Tendenzen widerspiegeln statt kurzfristiger spekulativer Erwartungen. Daher befürworten wir eine europaweite Steuer auf internationale Devisengeschäfte in Anlehnung an die Tobin-Steuer, um Spekulationen auf Währungsschwankungen einzudämmen.

Nach den Erfahrungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist ProDG außerdem der festen Überzeugung, dass eine europaweite Finanztransaktionssteuer notwendig ist, um maßlosen Spekulanten Einhalt zu gebieten.

---

2 <http://www.europarl.europa.eu/news/de/faq/19/warum-zieht-das-parlament-zwischen-brussel-und-strassburg-hin-und-her>

Ratingagenturen entscheiden oft über das Schicksal von Firmen und Ländern. Die meisten dieser Agenturen sind in amerikanischer Hand und politisch nicht neutral, was sich während der Eurokrise als extrem nachteilig erwiesen hat. Wir befürworten daher den Aufbau einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Ratingagentur in Europa, um das Abhängigkeitsverhältnis der Eurozone von US-amerikanischen Ratingagenturen zu lösen.

Wir brauchen zudem Euro-Bonds, um uns gemeinsam gegen das international organisierte Spekulantentum schützen zu können.

ProDG fordert sowohl eine vollkommene Transparenz der Arbeit und Entscheidungsfindung der europäischen Gremien wie z.B. des Gouverneursrats des ESM als auch eine Einbeziehung des EU-Parlaments in deren Entscheidungen. So lange nationale Regierungen den EU-Ländern rigide Finanz- und Spardiktate verordnen; so lange die gewählten Europaabgeordneten, die direkten Vertreter der Menschen, bewusst bei diesen Entscheidungen umgangen werden, so lange fehlt es an Demokratie in Europa!

Es muss gelingen, die Staatsverschuldung der EU-Mitgliedstaaten nachhaltig einzuschränken. Gleichzeitig muss aber auch dafür gesorgt werden, dass Staaten auch weiterhin in zukunftsweisende Projekte investieren dürfen. Solche Zukunftsinvestitionen müssen deshalb von den Verschuldungs- und Defizitobergrenzen ausgenommen werden. Wir brauchen allerdings finanzpolitische Prioritäten. Steuergelder müssen angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung in wirklich zukunftsweisende Politikfelder wie Bildung, Gesundheit und Soziales investiert werden. Ansonsten droht der EU ein sozialer Kahlschlag. Um die strukturellen Defizite in diversen Mitgliedstaaten zu beseitigen und zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht in der Eurozone beizutragen, brauchen wir dringend ein gezieltes Konjunktur-, Aufbau- und Investitionsprogramm für Europa.

Dafür ist eine Revision der aktuellen ESG-Normen (SEC2010-Normen) notwendig, damit Investitionen in wichtige Dienstleistungen weiterhin getätigt werden können. Die Haushalte der neun deutschsprachigen Gemeinden und der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden beispielsweise auf der Grundlage dieser Normen nun gemeinsam, d.h. konsolidiert, bewertet. Die europäischen Auflagen bewirken, dass Investitionen buchhalterisch nicht mehr (wie in der Privatwirtschaft) über mehrere Jahre abgeschrieben werden dürfen, sondern in einem einzigen Jahr verbucht werden müssen. Verschärft wird die Situation durch die Vorgabe an die EU-Mitgliedstaaten in jedem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, und die Schuldenbremse, die uns zwingt, ganz auf anrechenbare Anleihen zu verzichten. Dies wird sich wesentlich auf die künftigen Investitionen der DG und der Gemeinden auswirken. Demzufolge sind nämlich beispielsweise Investitionen, wie die DG sie in den letzten Jahren in Schulbauten getätigt hat, bereits ab dem kommenden Jahr unmöglich.

Wichtige Investitionen in öffentliche Infrastrukturen sind nach den aktuellen EU-Vorgaben nur noch sehr begrenzt möglich, wodurch wesentliche Dienstleistungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich, auf kultureller Ebene und im Straßenbau ernsthaft gefährdet sind: eine beunruhigende Nachricht für die Privatwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, d. h. für die vielen selbstständigen Handwerker und mittelständischen Unternehmen, die in der Vergangenheit Aufträge der öffentlichen Hand ausgeführt haben. Letzten Endes gefährden diese Vorgaben das

Wirtschaftswachstum im ganzen Land und darüber hinaus. Darunter leider wiederum die Kaufkraft und die Beschäftigung leiden, was möglicherweise zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen führt, was zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand erforderlich macht. Diese wird aber gleichzeitig von der EU angehalten, Gewinne zu erwirtschaften. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben sind allerdings für die Gewinnerzielung keine idealen Voraussetzungen, schon gar nicht, wenn zeitgleich der Schuldenabbau beschleunigt werden muss. Das ganze Szenario gleicht einem Teufelskreis. Für ProDG sind Staaten nicht der Gewinnerzielungsabsicht, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir fordern daher, dass die Austeritätspolitik auf europäischer Ebene gelockert wird, damit es zumindest wieder möglich wird, Investitionen in grundlegende, wichtige Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur und Straßenbau zu tätigen. Die Lösung kann jedenfalls nicht darin bestehen, wichtige öffentliche Investitionen zu privatisieren, auf die unsere Bevölkerung aufgrund ihrer Steuern einen berechtigten Anspruch hat.

## **5. Für den Schutz unserer Landschaft und der natürlichen Ressourcen, gesunde, gentechnikfreie Lebensmittel und einen starken Verbraucherschutz sowie die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe**

### **Landwirtschaft**

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist einer der ältesten und wichtigsten Politikbereiche der EU und macht mehr als 40% des EU-Haushalts aus. Derzeit beraten die EU-Landwirtschaftsminister über Kriterien für die neue GAP-Förderperiode von 2021 bis 2027. Diese Kriterien werden bestimmen, welche Landwirtschaft die EU künftig unterstützt und wohin die Gelder fließen. Alle 7 Jahre wird die GAP reformiert. Dabei geht es hauptsächlich um zwei Säulen: Die Unterstützung der Landwirte durch Direktzahlungen, die vermehrt Umweltauflagen berücksichtigen, und die Förderung der ländlichen Räume. Gleichzeitig sinkt der Anteil der GAP am Gesamthaushalt der EU: Während es 2014 noch ca. 40% waren, sind für 2020 noch ungefähr 35% vorgesehen und für die künftige Förderperiode lediglich ca. 30% der Mittel.

So unterschiedlich die Landwirtschaft und ihre Produkte in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU aufgrund von Bodenbeschaffenheit, Topografie, Klima und natürlichen Ressourcen auch sind, wir von ProDG befürworten eine nachhaltigere Landwirtschaft mit einer verstärkten Orientierung an Umwelt- und Klimaschutzkriterien, Tierwohl und der Förderung von Beschäftigung. Der Sektor muss krisenbeständiger werden und die Überlebensfähigkeit der europäischen Landwirtschaftsbetriebe sichern. Im Zeitraum von 2007 bis 2017 sind ein Fünftel der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft weggefallen. Ein Drittel der Betriebsleiter in der EU ist zudem älter als 65 Jahre. Nur 28 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU werden von Frauen geführt. Insgesamt sind in der EU 65 Prozent aller landwirtschaftliche Betriebe kleiner als 5 Hektar.

Für ProDG ist der Schutz regional-verankerter, kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft besonders wichtig. Wir bekennen uns zu einer Landwirtschaft, die langfristig die Biodiversität und die natürlichen Ressourcen schont und den über 500 Millionen Einwohnern der EU einen gesunden Lebensraum, qualitativ hochwertige Produkte und Ernährungssicherheit bietet. ProDG bekennt sich außerdem zu



gentechnikfreien Lebensmitteln und Anbauflächen sowie einer artgerechten Tierhaltung.

Die Formen der Landwirtschaft sind vielfältig in der EU und reichen von Viehzucht in Schottland hin zu Olivenbaumplantagen in Griechenland. Der Bedarf ist somit sehr unterschiedlich. Die Bedeutung der Landwirtschaft für den Schutz unserer Landschaft und der Umwelt ist jedoch unverkennbar: Über 70 % der Grundfläche der Europäischen Union ist entweder landwirtschaftliche Nutzfläche oder Wald und gilt damit als ländlicher Raum. Die Hälfte der Bevölkerung Europas lebt in diesen ländlichen Gebieten. Sie sind Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum. Rund 10 Millionen Landwirte, die üblicherweise in Familienbetrieben arbeiten, gibt es in der EU.

Doch landwirtschaftliche Betriebe in der EU sehen sich nicht nur mit ökologischen, sondern auch mit wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Vor allem kleinere landwirtschaftliche Familienbetriebe können den bürokratischen Hürden und dem Wettbewerbsdruck oft nicht mehr Stand halten und müssen um ihre Existenz fürchten. Auch in der DG ist die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, von denen zurzeit drei Viertel im Kanton St. Vith zu finden sind, in den letzten Jahren gesunken: ein bedauerlicher Trend, dem wir unsere Aufmerksamkeit schenken.

Mit dem Auslaufen der Milchquote im Jahr 2015 und der damit verbundenen Abschaffung der Begrenzung der Milchproduktion wurde auch der europäische Milchmarkt zunehmend liberalisiert.

Wir erkennen daher den Bedarf, vor allem kleinere milcherzeugende landwirtschaftliche Familienbetriebe in Europa angemessen zu unterstützen, um ihre Existenz abzusichern. So ist es in unseren Augen wichtig, dass ihre Verhandlungsmacht im Sinne von fairen Preisen weiter gestärkt wird, so dass sie den Milchabnehmern und dem Einzelhandel nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Die EU-Beobachtungsstelle für den Milchmarkt, die die Milchpreisentwicklung auf europäischer sowie internationaler Ebene verfolgen und zahlreiche Analysen liefern soll, halten wir für sinnvoll, denn die europäische Agrarpolitik muss in Krisensituationen auf dem Milchmarkt - z.B. bei größeren Marktschwankungen auf dem Weltmarkt – zeitnah reagieren können. Wir befürworten daher, dass die EU-Beobachtungsstelle nicht nur beobachten sollte, sondern ebenfalls die Befugnis erhält, in den Milchmarkt regulierend einzugreifen.

Wir wollen angemessene Preise für die Verbraucher, aber auch angemessene Einkommen in einer zukunftsorientierten Landwirtschaft, die EU-weit vielen Millionen Menschen eine Beschäftigung bietet.

## Gentechnik

Bei Umfragen stößt der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) - ein Begriff, der EU-weit gesetzlich festgelegt ist - wie z.B. Soja, Mais, Raps oder Baumwolle auf Widerstand. Gentechnikfrei beworbene Anbauzonen gelten als Gütezeichen. Befürworter argumentieren, dass bei wachsender Weltbevölkerung gentechnisch veränderte Pflanzen dazu beitragen könnten, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen - etwa durch besondere Widerstandsfähigkeit gegen



Klimaveränderungen in ärmeren Ländern. Auch als Energiequelle könnten Genpflanzen dienen. ProDG steht gentechnisch veränderten Pflanzen jedoch sehr skeptisch gegenüber. Wir sehen – auch aus Mangel an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Langzeitstudien - Gefahren für die Umwelt, die Vielfalt unserer Natur und die Gesundheit von Mensch (z.B. Entstehen neuer Allergien, Antibiotikaresistenzen...) und Tier. Wir wollen daher nicht, dass solches Saatgut auf unsere Äcker kommt. Wir sind für ein klares Nein zu gentechnisch veränderten Pflanzen, selbst wenn sie auf EU-Ebene ein Zulassungsverfahren durchlaufen müssen, bevor sie auf dem Markt und in den Magen kommen. ProDG fordert hingegen in diesem Kontext mehr Informationen, mehr Debatten, mehr Transparenz und weniger Zulassungen. Wir befürworten zudem, dass seit 2015 den EU-Ländern und -Regionen die Möglichkeit eingeräumt wird, den Anbau von GVO auf ihrem Territorium von vornherein zu verbieten. Der entsprechende Mitgliedstaat bleibt dann aus dem Geltungsbereich der Zulassung einer GVO ausgenommen. Mit dieser Ausstiegsklausel wurde das „Selbstbestimmungsrecht“ der EU-Mitgliedstaaten bezüglich des Anbaus von gentechnisch veränderten pflanzen rechtlich verankert.

## **6. Für einen starken Mittelstand, angemessene Instrumente, um die Auswirkungen des Brexit in den EU-Mitgliedstaaten aufzufangen, und die Bekämpfung von Steuerungerechtigkeit**

ProDG erkennt die Notwendigkeit, die Standortbedingungen in den europäischen Regionen - vor allem in wirtschaftlich schwächeren Gebieten - zu stärken, beispielsweise durch die gezielte Förderung von Bildung und Forschung. So sollten die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds verstärkt dazu genutzt werden, die gesamteuropäische Wettbewerbsfähigkeit anzukurbeln, in Forschung und Entwicklung zu investieren, die berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern, zielgerichtete Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung zu ergreifen, die grenzüberschreitende Kooperation zu stärken und in regionales Wachstum und Innovationen zu investieren, wobei ein Hauptschwerpunkt auf den Schutz und die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen als Motor der europäischen Wirtschaft gelegt werden sollte.

Um dem Fachkräftemangel gezielt entgegenzuwirken, muss zudem die gegenseitige Anerkennung von Studienabschlüssen in den EU-Mitgliedstaaten vorangetrieben werden.

ProDG erkennt außerdem die Bedeutung der weiteren Vernetzung der innereuropäischen Verkehrsinfrastruktur und des grenzüberschreitenden Öffentlichen Personenverkehrs an, um die Mobilität von Arbeitnehmern und Gütern in der EU zu fördern und gleichzeitig die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken.

Eine weitere Herausforderung besteht auf dem Gebiet des Abbaus der rechtlichen und administrativen Hürden sowie jeglicher diskriminierender Praktiken für Grenzgänger (z.B. in Steuerfragen, PKW-Maut...), die regelmäßig zwischen Wohnsitz- und Beschäftigungsland pendeln.

ProDG setzt sich ein für eine wettbewerbsfähige, vereinte EU.

Nicht zuletzt der Panama-Papers-Skandal hat Europa hellhörig gemacht.

Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, Steuergerechtigkeit durch gemeinsame europäische Regeln herzustellen, damit auch die einflussreichsten multinationalen Konzerne - wie Google, Amazon und Facebook, die vom europäischen Binnenmarkt profitieren, den gleichen Steuerbeitrag leisten wie der Mittelstand. Viele Millionen Euro Steuereinnahmen fallen Steuertricks und –betrug sowie Gewinnverschiebungen zum Opfer: Gelder, mit denen die EU wichtige Zukunftsprojekte in Gang bringen könnte. Steuerwettbewerb und damit Unternehmensverlagerungen zwischen EU-Staaten lehnen wir strikt ab! Gegen Steuerparadise und Steuerhinterziehungen muss gemeinsam gezielt vorgegangen werden. Zudem befürworten wir die Abwendung vom Einstimmigkeitsprinzip und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Steuer- und Sozialpolitik, um die Handlungsfähigkeit der EU im Bereich dieser großen Herausforderungen zu erhöhen. Bisher scheiterten beispielsweise die Pläne einer europaweiten Finanztransaktions- und Digitalsteuer am Veto einzelner Mitgliedstaaten.

Wir brauchen eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene. Soziale Gerechtigkeit, faire Löhne und ökologische Nachhaltigkeit sind Werte, die die EU nach vorne bringen muss. ProDG befürwortet die europaweite Einführung von Mindestlöhnen, um Lohn- und Sozialdumping in Europa weitestgehend verhindern zu können.

Dem Lobbyismus müssen währenddessen klare Grenzen gesetzt werden. Wir wollen kein Europa der Konzerne, Banken und Bürokraten, sondern ein lebenswertes Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt. ProDG befürwortet daher die Offenlegung und konsequente Bekämpfung der überproportionalen Einflussnahme von Interessenverbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen auf EU-Ebene.

Für das Europäische Parlament und die EU-Kommission gilt seit 2011 ein gemeinsames freiwilliges Register („Transparenz-Register“) für Lobbyisten als Bedingung für die Ausstellung eines Ausweises, mit dem ein vereinfachter Zugang zum Europäischen Parlament besteht. Da die Eintragungen allerdings auf freiwilliger Basis erfolgen und Falschangaben meist sanktionsfrei bleiben, wird das Register in der Praxis als relativ schwach angesehen. Dementsprechend wurde in Aussicht gestellt, dass das Register nachgebessert wird und gegebenenfalls eine Eintragungspflicht eingeführt wird nach der Evaluation.

ProDG befürwortet ein verpflichtendes und regelmäßig von unabhängiger Stelle geprüftes EU-weites Lobby-Register, um transparente Entscheidungsprozesse zu gewährleisten und den demokratischen Prozess zu schützen. Insofern diese Transparenz gegeben ist, erkennen wir den Wert einer Konsultation von Interessenvertretern, wie beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen oder Unternehmensverbänden, als Bestandteil des politischen Meinungsbildungsprozesses an.

Mit welchen enormen wirtschaftlichen Folgen für Belgien und Kosten in Milliardenhöhe der Austritt Großbritanniens aus der EU verbunden sein wird, ist bereits heute klar: Das geht aus Studien eindeutig hervor. Gleichzeitig ist die scheinbare Unmöglichkeit, eine Einigung mit den politisch gespaltenen Briten zu erzielen, ebenfalls mit weltpolitischen Glaubwürdigkeitsverlusten auf EU-Seite verbunden, auch wenn sich der Brexit an sich positiv auf die Zustimmungswerte der Bevölkerung hinsichtlich der Europäischen Union ausgewirkt hat. Wir befürworten einen geordneten Austritt Großbritanniens aus der EU und eine starke Partnerschaft

mit unserem unmittelbaren Nachbarland. – vor allem auf wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Ebene sowie in den Bereichen Bildung und Forschung. Es gilt, den Schaden zu begrenzen. Daher befürworten wir ebenfalls angemessene Instrumente, um die Auswirkungen des Brexit in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten abzufedern.

## 7. Für ein sozialeres Europa der Chancen und Perspektiven für alle

Die EU muss sich den aktuellen, sozialen Herausforderungen stellen:

- im Rahmen einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik - vor allem um die hohe Arbeitslosigkeit in der Peripherie und von Risikogruppen, wie ältere Arbeitnehmer und Niedrigqualifizierte, und die damit verbundene Perspektivlosigkeit durch (Re-)Integrationsprojekte zu bekämpfen.

Für ProDG ist Bildung eine der besten Investitionen in die Zukunft unseres Kontinents und muss daher Teil jeder sinnvollen Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. So wollen wir das Erreichen des Ziels, die Schulabbrecherquote bis 2020 auf weniger als 10% zu senken, gezielt vorantreiben. Wir befürworten zudem das Konzept der europäischen Jugendgarantie, nach dem alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, eine Arbeitsstelle, einen Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung erhalten sollen, was sich in den vergangenen Jahren als recht erfolgreich erwiesen hat. So ist die Jugendarbeitslosigkeit, die nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise Rekordzahlen erreichte, stark zurückgegangen und lag im Juni 2018 in der EU28 noch bei 15,2% und im Euroraum bei 16,9%.

Zudem begrüßen wir die Einführung des Europäische Solidaritätskorps vor einigen Monaten, das darauf abzielt, jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit zu geben, sich in Freiwilligen- und Beschäftigungsprojekten helfen in ganz Europa zu engagieren. Auch den hohen Wert von Erasmus+-Projekten und Projekten des Europäischen Sozialfonds für den persönlichen Werdegang und den Arbeitsmarkt der EU erkennen wir an und halten diese Programme somit auch weiterhin für förderungswürdig.;

- im Rahmen einer gemeinsamen Lösungssuche bei der drohenden Überalterung der Gesellschaft;

- im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Herkunft, Sprache, Alter, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung...;

- im Rahmen des Schutzes der europäischen Minderheiten als Aufgabe der Europäischen Union im Rahmen der Erhaltung des sprachlichen und kulturellen Reichtums;

- im Rahmen einer menschenwürdigen Einwanderungspolitik und verbesserter Einbürgerungsmöglichkeiten für Menschen mit einem Migrationshintergrund.

Wir wollen eine sozial-gerechte, solidarische EU, die Fortschritt, sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit fördert. Die Europäische Union kann nur dann

eine gute Zukunft haben, wenn sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ein lebenswertes Europa schafft und sich an den Bedürfnissen der Europäerinnen und Europäer orientiert. Wir wollen ein demokratischeres Europa der Regionen für die Bürgerinnen und Bürger.

Europa soll das Leben einfacher gestalten, und sowohl den Austausch als auch das Verständnis zwischen den Kulturen fördern, um Frieden zu garantieren.

Da jeder 7. Europäer Teil einer Minderheit ist, befürworten wir die Einrichtung des Amtes eines EU-Kommissars für den Minderheitenschutz.

Wir von ProDG sind überzeugt, dass wir nicht nur eine europäische Wirtschaftsunion brauchen, sondern auch eine Sozialunion, mit der die Menschen sich wieder identifizieren.

Wir wollen Europa - fernab von Richtlinien zum Verbrauch von Glühbirnen und zur Leistung von Staubsaugern - den Einwohnern der Deutschsprachigen Gemeinschaft wieder ein Stück weit näher bringen.

Vor allem aber wollen wir ein Europa, das den Menschen wieder Perspektiven bietet. Mit Blick auf die wirtschaftlich schwächeren Regionen der EU brauchen wir zudem ein weitreichendes europäisches Konjunktur- und Aufbauprogramm, um die Schere zwischen Arm und Reich zu reduzieren.

## **8. Für eine starke DG in einem Europa der Regionen und die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

70 Prozent der Vorschriften, die unseren Alltag bestimmen, stammen aus der Feder der EU: Es beginnt am Flughafen während der Handgepäckkontrolle und endet bei den Glühbirnen, die wir zuhause nicht mehr verwenden dürfen.

Für ProDG ist die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas unser größtes Plus. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu leben, in Brüssel, der Wallonie, Flandern oder dem Ausland zu studieren, in Deutschland oder Luxemburg zu arbeiten und in den Niederlanden vom vielfältigen Kulturangebot zu profitieren – und das ohne Grenzen – ist für viele von uns gelebte Normalität: ein Europa par excellence als Antwort auf die Einwände der EU-Skeptiker.

Allerdings ist die räumliche Nähe zur Grenze noch lange kein Garant für das Entstehen von Austausch und Kooperationen auf Bürgerebene oder zwischen verschiedensten Organisationen und Betrieben. So ist auch das Potenzial der Euregio Maas-Rhein, der Benelux-Union oder der Grossregion Saar-Lor-Lux noch lange nicht ausgeschöpft. Immer noch gibt es eine Reihe von Hürden, die dem Austausch und der Zusammenarbeit der Partnerregionen mit ihren verschiedenen Sprachen, Kulturen und Verwaltungsstrukturen im Wege stehen und die es zu überwinden gilt. Viele Einwohner der DG müssen eine Ländergrenze überqueren, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Dabei sehen sie sich mit Herausforderungen und Hindernissen wie Steuerfragen oder Fragen der Krankenversicherung konfrontiert, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Gemeinsam grenzüberschreitende Lösungen zu erarbeiten und voneinander zu lernen, um eine höhere Lebensqualität zu erreichen, ist ein erklärtes Ziel von ProDG. Herausforderungen wie beispielsweise die Tourismusförderung, die Gesundheitsversorgung, die zunehmende Pflegebedürftigkeit der immer älter werdenden Bevölkerung oder der Fachkräftemangel sind Handlungsfelder, die vor allem in Grenzregionen wie der unsrigen leichter gemeinsam anzugehen sind als

alleine. So ist die Erarbeitung von gemeinsamen, mehrsprachigen Ausbildungswegen ein ernstzunehmendes Handlungsfeld, um für das benötigte Fachpersonal der Zukunft zu sorgen.

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa eröffnet viele Chancen, denn sie fördert Kreativität, Innovation und die wirtschaftliche Entwicklung. Damit einher geht, dass dem Schutz der Kulturen in Europa - auch der von Minderheiten - eine besondere Bedeutung zukommt. Die Vielfalt der Kulturen und Sprachen darf in Europa nicht als Hindernis verstanden werden, sondern als Bereicherung für alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Die Europäische Union muss sich daher in Zukunft dafür einsetzen, verstärkt den kulturellen und sprachlichen Austausch in all seinen Formen zu fördern. Auf dieser Ebene kann gerade die DG eine wichtige Brückenfunktion übernehmen und bereits heute eine Vorreiterrolle spielen.

Die europäischen Regionen sind der Motor der EU. Die meisten Bürger fühlen sich mit ihrer Region sehr eng verbunden. Wir setzen uns daher ein für ein Europa der Regionen, in dem eine Kultur des Austauschs gepflegt wird: Wer stark ist vor Ort, ist stark in Europa. Nach unserer festen Überzeugung kommt die Aufwertung der Regionen Europas der gesamten EU zu Gute und bringt den Menschen Europa wieder ein Stück weit näher. Aus den Regionen, wo Europa und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelebte Realität ist, können neue, positive Impulse für den europäischen Einigungsprozess kommen. Konkret bedeutet das, dass der politische Einfluss der Regionen und damit das Prinzip der Subsidiarität in europäischen Entscheidungsprozessen nachhaltig gestärkt werden muss und dem Ausschuss der Regionen (AdR) ein größeres Gestaltungsrecht zugestanden werden sollte. Bei einer erneuten Revision der EU-Verträge muss die Stärkung der Regionen gezielt Berücksichtigung finden.

### **9. Für einen überparteilichen Vertreter im Europäischen Parlament, der für die gesamte DG mit einer Stimme spricht und durch ein parteiübergreifendes Arbeiterteam unterstützt wird**

Wir von ProDG sind mehr als nur christlich, nur grün, nur sozial, nur liberal. Wir sind SOWOHL für Freiheit, ALS AUCH für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Wir orientieren uns dabei an den wesentlichen Grundsätzen der christlichen Soziallehre.

Wir sind eine freie und offene Bürgerliste für alle Bürgerinnen und Bürger der DG, die im Konsultationsprozess und über Parteigrenzen hinaus Lösungen entwickelt und breite Mehrheiten sucht.

Wir lehnen es ab, dass unser Europaparlamentarier dem Fraktionszwang einer politischen Gruppierung im Europäischen Parlament unterliegt. Wir sehen eine große Chance für die Deutschsprachige Gemeinschaft darin, dass ProDG im Rahmen einer kleineren Fraktion im Europäischen Parlament seiner Stimme ohne Fraktionszwang Gehör verschaffen kann, statt im Rahmen einer großen Fraktion unterzugehen.

Wir wollen die Interessen der gesamten Deutschsprachigen Gemeinschaft im Europäischen Parlament vertreten, im Sinne eines richtigen Europas der Regionen. Wir wollen einen breiten Konsens in europapolitischen Fragen. Das ist die Stärke von ProDG. Dafür setzen wir uns ein. Unser Abstimmungsverhalten im Europäischen

Parlament werden wir daher konsequent den Bürgerinnen und Bürgern der DG transparent machen.

Wir geben der DG eine Stimme in Europa! Denn die DG verfügt nur über einen einzigen Europaparlamentarier. Der Vertreter unserer Bevölkerung im EU-Parlament darf sich folglich nicht in das enge Korsett einer einzigen Partei zwingen lassen. Es sollte beim Mandat des Europaabgeordneten, um den uns viele Regionen Europas beneiden, viel weniger um Parteiinteressen gehen als darum, wie Europa die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrem Alltag unterstützen kann, wir ihnen – in Zeiten von Rechtspopulismus und Vertrauensverlusten in die EU – das europäische Projekt näher bringen und sie wieder für Europa begeistern können.

Der ostbelgische Europaabgeordnete muss daher in der Lage sein, überparteilich zu wirken und zwischen unterschiedlichen Standpunkten und Parteien zu vermitteln. Ansonsten wird er nur einen kleinen Teil unserer Bevölkerung vertreten können. Er muss unabhängig von Parteikarten arbeiten und ALLE Menschen in Ostbelgien vertreten. Das möchten wir von ProDG als überzeugte Europäer erreichen anhand einer sehr viel engeren Zusammenarbeit des Europaparlamentariers mit Parlament und Regierung der DG, kontroversen europapolitischen Debatten, um den Meinungsbildungsprozess zu unterstützen, sowie durch einen parteiübergreifenden Mitarbeiterstab unseres Europaabgeordneten. ProDG ist als freie Bürgerliste Garant für Bürgernähe und ideologieübergreifendes Arbeiten.

Die Zeit ist reif für ein Umdenken in der EU. Die Zeit ist reif für Veränderung und neue Impulse!

## **10. Für ein demokratischeres Europa, das die Bürgerinnen und Bürger – auch durch neue Mitbestimmungsmöglichkeiten - einbezieht**

Wir setzen uns neben kontinuierlichen Informationsveranstaltungen ein für regelmäßige Bürgerdialoge und Umfragen zu europapolitischen Themen mit repräsentativen Querschnitten der ostbelgischen Bevölkerung sowie breite Konsultationsprozesse zu europapolitischen Entscheidungen mit direkten Auswirkungen auf die DG, die sowohl die Bürgerinnen und Bürger der DG als auch die Volksvertreter des gesamten DG-Parlaments und die DG-Regierung mit einbezieht. Wir sehen es als unsere Verpflichtung, einen möglichst breiten Konsens zu erzielen und gemeinsame Standpunkte nach Brüssel zu tragen. Unser Ziel ist es, dass die DG mit einer Stimme spricht, damit sie auf europäischer Ebene gehört wird.

Wir verstehen die Abwendung vieler Menschen von Europa als ein Warnsignal. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union fühlen sich machtlos gegenüber den europäischen Entscheidungsprozessen. Wichtige Entscheidungen der EU werden an der Zivilgesellschaft und an den direkt gewählten Vertretern des Europäischen Parlamentes vorbei - im Europäischen Rat von den – vorwiegend konservativen – Staats- und Regierungschefs und somit zentralistisch von den regierenden nationalen politischen Parteien getroffen. Wir wollen eine direktere Bürgerbeteiligung und damit mehr Demokratie. Europa muss von der Basis getragen werden: von den Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Regionen. Viele



Entscheidungen auf Ebene der EU wirken sich unmittelbar auf das Leben in der DG aus, allerdings ohne dass die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess eingebunden werden und nachvollziehen können, wie und weshalb diese Entscheidungen zu Stande gekommen sind. Die bisher in der EU vertretenen Parteien und Abgeordneten haben diese Fehlentwicklung mit zu verantworten. Daher braucht es neue politische Kräfte, die der Bürgernähe in der EU wieder den Stellenwert geben, der ihr zusteht.

Die Europäische Bürgerinitiative als besondere Form von direkter Demokratie unterstützen wir und möchten wir weiter ausbauen. Eingereicht werden können Bürgerinitiativen, die mindestens von 1.000.000 Unionsbürgern aus sieben verschiedenen Mitgliedstaaten unterstützt werden, wodurch die Kommission aufgefordert ist, das jeweilige Thema auf die politische Agenda zu setzen. In der Praxis setzen sich leider nur wenige Bürgerinitiativen durch und noch weniger münden in Gesetzgebungsvorschlägen, so dass wir von ProDG die Europäischen Bürgerinitiativen dahingehend verändern möchten, dass sie zu einem tatsächlichen Partizipationsinstrument werden und damit die EU bürgernäher gestalten.

Die so genannten „first-reading agreements“, die mit dem Lissabon-Vertrag als Ausnahme eingeführt wurden, mittlerweile aber einen Großteil aller europäischen Rechtsakte ausmachen und deren Anzahl in den letzten Jahren signifikant gestiegen ist, können wir nur in tatsächlich dringenden Fällen gutheißen. Diese Methode sieht vor, dass Rechtsakte in informellen Verhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat erarbeitet und dem Parlament nur noch als Paket zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt werden. Das beschleunigt zwar das Gesetzgebungsverfahren, allerdings zu Lasten der politischen Debattenkultur und der demokratischen Entscheidungsfindung. Die „first-reading agreements“ stellen damit einen demokratiepolitischen Rückschritt dar.

Wir setzen uns für mehr Demokratie auf europäischer Ebene ein, was nur erreicht werden kann, wenn:

- das Europäische Parlament – als einzige direkt gewählte EU-Institution - ein größeres Gewicht im Verhältnis zum Rat der Europäischen Union sowie der Kommission und ein tatsächliches gesetzgebendes Initiativrecht erhält.
- eine stärkere Einbeziehung regionaler Interessen in europäische Entscheidungsprozesse stattfindet und damit eine stärkere Identifizierung der Menschen mit Europa ermöglicht wird.
- die EU die Menschen mitnimmt: eine Wahlbeteiligung von lediglich 43 % der Wahlberechtigten (2009) zeugt von einem enormen Informationsdefizit. Europa darf nicht länger ein wenig greifbares und unverständliches Projekt der politischen Eliten, Bürokraten und Lobbyisten sein. Wir sind für ein transparentes Europa.

Wir befürworten das Aufstellen gemeinsamer Kandidaten der verschiedenen traditionellen europäischen Parteien für das Amt des Kommissionspräsidenten, um die demokratische Legitimation des Kommissionspräsidenten zu verbessern, weisen aber nachdrücklich darauf hin, dass das Ernennen von europäischen Spitzenkandidaten nicht bedeutet, dass die Partei des künftigen EU-Kommissionspräsidenten, der die kommende Ausrichtung der EU maßgeblich mitbestimmt, die absolute Mehrheit der Stimmen bei den Europawahlen erreicht hat



(so beispielsweise der Fall Jean-Claude Juncker, der im Rahmen der Europäischen Volkspartei lediglich 29,43% der europäischen Wähler vertritt, so dass seine Situation nicht mit der koalierender Regierungen zu vergleichen ist). Dies trägt ebenfalls dazu bei, dass in der EU in mehrfacher Weise ein Ungleichgewicht zwischen Machtkompetenz und demokratischer Legitimation besteht.

Die parlamentarische Demokratie muss folglich dringend gestärkt werden:

Das Europäische Parlament ist der Ort, an dem die Sorgen der Menschen Gehör finden müssen und in dem über die Zukunft der Europäischen Union kontrovers debattiert werden und entschieden werden muss. Doch der Kurs der Europäischen Union wird zurzeit von den – größtenteils konservativen - Staats- und Regierungschefs und dem Ministerrat bestimmt. Dieser Kurs ist wegleitend für die Gesetzgebungsvorschläge der Europäischen Kommission, deren Mitglieder wiederum von den einzelnen Mitgliedstaaten bestellt werden. Die dadurch minimalisierte Rolle des Europäischen Parlaments - und seiner direkt gewählten Abgeordneten - ist für ProDG nicht akzeptabel und Zeichen eines Konstruktionsfehlers der Europäischen Union.

Die Bürgerinnen und Bürger fühlen, dass ihre Stimme in Europa nicht die gewünschte Berücksichtigung findet. ProDG macht sich daher stark für eine Einbindung des Europäischen Parlaments in die Verhandlungen zu internationalen Abkommen und eine vollkommene Transparenz der Arbeitsweise und Entscheidungsfindungsprozesse der europäischen Gremien wie z.B. des Europäischen Rates und des Gouverneursrats des ESM. Eine stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments bei den Entscheidungen über die Gewährung von Finanzhilfen und die Abschaffung der Troika-Delegation (bestehend aus Experten der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds), der es an juristischer und demokratischer Legitimation und an Kontrolle fehlt, wäre ein erster, wichtiger Schritt.

Eine Aufwertung des Parlaments in zentralen europäischen Fragen kann mit Sicherheit helfen, den bedauerlichen Trend einer immer niedrigeren Wahlbeteiligung umzukehren.

ProDG präsentiert sich zur Umsetzung dieses ambitionierten Programms bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem engagierten und kompetenten Team.

## Abkürzungen

AdR = Ausschuss der Regionen

AKW = Atomkraftwerk

CO<sub>2</sub>-Austoss/-Bilanz = Gesamtbetrag von Kohlenstoffdioxid-Emissionen

DG = Deutschsprachige Gemeinschaft

ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus (Teil des dauerhaften Euro-Rettungsschirms)

ESVG = Einheitliches buchhalterisches „Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (in Französisch SEC genannt), das dem Vergleich der Volkswirtschaften in der Europäischen Union dient.

EU = Europäische Union

Euregio Maas-Rhein = Ein Zusammenschluss im Grenzraum Belgien, Deutschland, Niederlande rund um die Städte Lüttich, Aachen und Maastricht

GAP = Gemeinsame Agrarpolitik der EU

IT = Informationstechnik (Informations- und Datenverarbeitung)

NSA = Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten

PDG = Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Saar-Loor-Lux-Region = Ein Zusammenschluss des Saarlands, Lothringens, Luxemburgs, Rheinland-Pfalz, der Wallonie sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Troika = Seit der Eurokrise wird das Dreigespann aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank sowie Internationalem Währungsfonds als Troika bezeichnet.

US(A) = Vereinigte Staaten von Amerika